

Alternativen denkbar machen – durch Solidarität und Protest auf der Straße die Würde des Menschen verteidigen – ein bedingungsloses Grundeinkommen durchsetzen

„Demokratie als Einheit von Volkssouveränität, Grundwerte verteidigendem Rechtsstaat und Gemeinwohl verpflichteter Wirtschaftsordnung ist alternativlos. Demokratie oder Barbarei: Die Zeit läuft.“ D. Dahn

Die Zeit der Rot/Grünen-Regierung ist abgelaufen. Der Grund ist, dass diese Regierung ihre Wahlversprechen gebrochen hat. Der Grund ist aber auch, dass sie an der ausdauernden Protestbewegung gescheitert ist. Schröder am 1.7.05:

„Die ‚Agenda 2010‘ mit ihren Konsequenzen schien zum wiederholten Male ursächlich für ein Votum der Wählerinnen und Wähler gegen meine Partei.“

„Der für meine Partei - und für mich selber - bittere Ausgang der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen war das letzte Glied in einer Kette zum Teil empfindlicher und schmerzlicher Wahlniederlagen. In der Folge dessen wurde deutlich, dass es die sichtbar gewordenen Kräfteverhältnisse ... nicht erlauben, meine Politik erfolgreich fortzusetzen.“ Auch Peter Hartz muss abtreten. Auch da wird versucht, diesen Rücktritt in sein Gegenteil zu verkehren und als Geschütz gegen Mitbestimmung in Stellung zu bringen. Alle Hartz-Gesetze führten zu einer Beseitigung von Rechten, einer massiven sozialen Disziplinierung, zu Sozialabbau. Die Aufspaltung der Gesellschaft in Beschäftigte und entrechtete Erwerbslose sichert die jetzige Steigerung der Kapitalgewinne um 20 bis 30% ab. Hartz IV funktioniert als Bedrohung für die noch Beschäftigten und führt zu Lohnverzicht, Arbeitszeitverlängerung und dem Abbau der Vertretungsrechte. Hartz ist aber am Ende: „Wenn diese Agenda fortgesetzt und weiterentwickelt werden soll - und das muss sie -, ist eine Legitimation durch Wahlen unverzichtbar“, so Schröder. Eine übereilte Bundestagswahl soll der Hartz-Leiche wieder neues Leben einhauchen und Hartz noch bedrohlicher werden lassen.

Der soziale Protest der letzten Jahre war erfolgreich und ist seit langem nicht mehr so breit in den gesellschaftlichen Schichten mitgetragen worden, auch wenn die Hartz-Gesetze nicht gekippt werden konnten. Außer einem einsamen Superminister Clement verteidigt kaum noch ein Vertreter der Klasse der BerufspolitikerInnen das „Jahrhundertreformwerk“. Dass die Kanzler-SPD in sich gescheitert ist, hat mit unserem Widerstand zu tun. Die Gesellschaft ist in einer Legitimationskrise: ein Ausdruck davon ist die propagierte „Alternativlosigkeit“ des Sozialabbaus der Hartz-Einheits-Parteien. In einer Situation der Angst und der gefühlten Bedrohung stellen sich eine „Kanzler-Agenda 2010“ oder „Kanzlerin-Agenda Arbeit“ (egal unter welchen Bedingungen) zur Wahl. Gleichgültig, welche sich durchsetzt oder beide in der Großen Koalition – wir haben keine andere Wahl, als durch einen nachhaltigen, dauerhaften und unberechenbaren Protest wieder ein politischer Faktor und Akteur der sozialen Selbstverteidigung der Menschenwürde zu werden.

Als ein Zusammenschluss der sozialen Bündnisse, Protestinitiativen und gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen geht es uns darum, Betroffene und solidarische Menschen zu aktivieren, uns und sie zu befähigen, die Verantwortung für ein „gutes Leben“ selber in die Hand zu nehmen. Der konkrete Protest und Widerstand vor Ort braucht auch eine langfristige Perspektive für gesellschaftliche Bedingungen, die eine Antwort auf die Herausforderung der Armut geben; es braucht die Vision eines neuen „**Sechs Stunden Normalarbeitstages**“ **durch Arbeitsumverteilung**, eines gesetzlich durchgesetzten **Mindestlohns**, und es bedarf eines bedingungslosen **Grundeinkommens** oberhalb des Armutsrisikos¹. Es geht nicht um „Zwangsbeschäftigungsgelegenheiten“ für Sozialkonzerne und kommunale Lohndrückerei, sondern um Instrumente eines gesellschaftlichen Sozialtransfers, der die Menschen aktiviert, **sich neben dem Sektor der formellen Erwerbsarbeit selber eine für die Gesellschaft relevante Arbeit zu geben.**²

¹ Die Armutsrisikoquote entspricht einer empirischen Höhe von 938 € und ist der monatliche Wert je Anteil einer Person eines Haushalts, deren bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60% des Mittelwerts (Median) aller Personen beträgt. Quelle: Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

² Siehe dazu z.B.: <http://www.berliner-arbeitslosenzentrum.de/download/grottian-narr-roth.pdf>

II. Programmatische Forderungen

Die Hartz-Gesetze haben eine „differenzierte“, regionalisierte Umsetzungsstruktur. Damit ist es schwierig, „eine“ zugespitzte Widerstandskampagne zu entwickeln. Die Stärke der Proteste war ihre Vielschichtigkeit und die regionale Verankerung. Weil es um gleiche Probleme, aber um verschiedene Zeitverläufe und Zuständigkeiten von der bundespolitischen Legislative über die (Land)Kreise und Kommunen geht, kann eine übergreifende Programmatik der unmittelbaren und langfristigen Forderungen den gegenseitigen Bezug und damit die Wahrnehmbarkeit in der öffentlichen Auseinandersetzung herstellen.

Eine Erhöhungskampagne

ist für die unmittelbare Auseinandersetzung und konkrete Situation der Betroffenen notwendig. Sie muss in zwei Richtungen organisiert werden: **Erhöhung der Leistungen in der gesetzlichen Verordnung und bei den konkreten kommunalen Sozialleistungen:**

1. *Von der zukünftigen Bundesregierung wird verlangt, dass die Leistungen dem realen Bedarf entsprechen müssen. Kindergeld oder Unterhaltszahlungen dürfen nicht auf den Regelsatz der erziehenden Eltern, das Einkommen der PartnerInnen oder Verwandten nicht auf den Regelsatz des Erwerbslosen angerechnet werden.*
2. *Gemeinden/Städte, (Land)Kreise bzw. Länder werden aufgefordert, ungeachtet der Wohnungsgröße und der Miethöhe auf Zwangsumzüge zu verzichten. Von den Kommunen wird erwartet, dass sie die Kosten der Krankenkassen übernehmen, wenn Betroffene aus dem Leistungsspektrum des AlgII fallen.*
3. *Eintrittspreise für eigenbetriebliche Kultur- und Freizeiteinrichtungen der Kommunen sollen um mindestens 75% für einkommensarme Menschen gesenkt werden. Die Kommunen werden aufgefordert, mit den kommunalen Verkehrsbetrieben ein Sozialticket für den öffentlichen Personennahverkehr auszuhandeln, dessen Kosten nicht die Höhe von 50% des vollen Preises überschreiten darf.*

Wahlintervention und programmatische Bündelung des sozialen Protestes

können Instrumente sein, um die BerufspolitikerInnen mit den Folgen ihrer Beschlüsse zu konfrontieren und andererseits selber in Form der direkten demokratischen Einmischung Forderungen und Antworten auf die Krisen dieser Gesellschaft zu formulieren. Statt 1€-Entschädigungen bei Zwangsbeschäftigungsgelegenheiten muss die Angst vor der Arbeitslosigkeit beseitigt werden. Der soziale Frieden braucht statt einer Politik der Prekarisierung jeder Form der Erwerbsarbeit und der Privatisierung der gemeinwohlorientierten Wirtschaft **neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, von denen man menschenwürdig und „gut“ leben kann:**

4. *Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Höhe von 850 € für alle einkommensarmen Menschen, zuzüglich der monatlichen Warmmiete; auf dem Weg dorthin die einheitliche Erhöhung der AlgII-Bezüge auf 938 € (Reichtums- und Armutsbericht)*
5. *Die zwangsweise Ein-Euro-Beschäftigungsgelegenheiten müssen in freiwillige, rechtlich abgesicherte, sozialversicherungspflichtige Zehn-Euro-Arbeitsverhältnisse für gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten umgewandelt werden.*
6. *Gegen prekäre Beschäftigungen ein gesetzlicher Mindeststundenlohn von 10 € und eine radikale Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden bei Lohn und Personalausgleich³. Tarifverhandlungen und die Interessensvertretung der Beschäftigten müssen ein gewerkschaftliches Recht bleiben, bedürfen aber auch der innergewerkschaftlichen Demokratie.*

³ Eine 30 Stundenwochen-Beschäftigung muss ausreichen, dass ein Mensch davon leben kann, der geforderte Stundenlohn von 10 € würde bei 30 Wochenstunden ein monatliches Einkommen von 1700 €brutto ergeben.

III. Aktions-/Umsetzungsvorschläge

1. Eingreifende Wahlintervention

Die soziale Frage wird im Mittelpunkt des vorgezogenen Wahlkampfes stehen. Schröder weiß, dass er nicht mehr gewählt wird. Seine Reaktion auf die Wahlniederlagen seiner Politik ist die Verschärfung durch die CDU/CSU. Bevor die Wähler erkennen können, dass die CDU/CSU die Agenda 2010 noch rigoros durchsetzen will, sind sie schon durch Schröders übereiltes Wahlmanöver im Amt und an der Macht. Es ist deshalb sinnvoll, damit mit der „Linkspartei.PDS“ die politische Geographie der Republik neu geordnet werden kann, im Sinne einer direktdemokratischen Wahlintervention ein einzukalkulierender „Störfaktor“⁴ bei den Wahlkampfauftritten aller Hartz-Einheits-Parteien zu werden.⁵ So kann der Protest in den Schwerpunkt der jetzigen Medienberichtserstattung kommen.

a) Redaktionsgruppe für eine argumentative Untersetzung der Forderungen

Eine der Voraussetzungen für erfolgreiche Aktionen sind gut aufbereitete Inhalte, aus denen sich eine eingreifende Aktion selber legitimiert. Wichtig ist, dass sich denk- und schreibwillige Menschen finden, die die gemeinsamen Forderungen untersetzen und in gut gestaltete Flugblattformen bringen.

b) Schulung für direkte Aktionen

Innerhalb des nächsten Bundestreffens sollten wir uns Zeit und Raum nehmen, neben den notwendigen Ab- und Aussprachen mit einem Trainer für direkte, gewaltfreie Aktionen die Vorbereitung, die Planungs- und Umsetzungsmethoden vorzustellen. In der praktischen Anwendung kann es auch um die Fragen gehen, wie ein Zwangsumzug eines/einer ALG.II-EmpfängerIn verhindert werden kann, oder es kann eine „In-Arbeit-Besetzung“ von illegal beschäftigten 1€-Jobbern vorbereitet werden.

c) Aktionen selber medial aufbereiten

Der Wirkungsgrad von Aktionen verstärkt sich, wenn sie in die öffentliche Wahrnehmung gelangen, selber ein Medienthema werden. Pressearbeit bedarf in Zeiten der Informationsüberflutung einer gewissen Professionalität und Verlässlichkeit. Die regionalen Bündnisse müssen und können sich dabei gegenseitig unterstützen. Nur eine gepflegte Netzseite und ein strukturierter Überblick der Aktionen kann aus der Vielschichtigkeit und Heterogenität der Aktionen ein mediales Bild eines Bewegungszusammenhangs herstellen.

d) Einen eigenen Höhepunkt setzen: der 3.September als dezentraler Tag des sozialen Protestes.

Auf dem Kassler Treffen wurde der Beschluss gefasst, am Samstag den 3.9.05 zu einem dezentralen Tag des sozialen Protestes aufzurufen. In Berlin gibt es die Initiative, an diesem Wochenende⁶ ein sozialpolitisches Hartz-Tribunal oder Hearing zu organisieren, um die inhaltlichen Botschaften konzentriert rüberzubringen. An dem Protesttag werden die verschiedenen Protestinitiativen an ihrem Ort auf die Straße gehen und durch verschiedene Protestformen ihrer Forderung nach einer anderen gesellschaftlichen Perspektive Ausdruck verleihen. Der Forderung nach Erwerbsarbeit, aber auch einem von ihr unabhängigen Grundeinkommen, von der und von dem Menschen menschenwürdig leben können. Und der Forderung danach, dass neue gesellschaftliche Bereiche zu Erwerbsarbeit werden (siehe Fußnote 2). Eine mögliche Aktionsform an diesem Tag sind dezentrale Demonstrationen neuen Typs, wie in dem Papier „Sich selbst eine Arbeit geben – statt repressive ALG II-Ermittler“ beschrieben, lokal unterschiedlich ausgestaltet.

2. Herbstkampagne & Agenturschluss, die zweite Auflage

Im Umfeld der Gewerkschaften und Sozialen Bewegungen gibt es Planungen die parlamentarischen Entscheidungstage für einen weiteren Abbau sozialer und rechtlicher Standards mit Massendemonstrationen und anderen Aktionen des sozialen Widerstands zu begleiten. Ende November wird es einen „Sozialen Aktionskongress“ geben.

⁴ Es geht dabei nicht darum, falsche Erwartungshaltungen in die StellvertreterInnen der repräsentativen Parlamentsdemokratie zu erzeugen oder einseitig, indirekt parteiisch, wirksam zu werden, indem wir uns über das größere oder kleinere Übel streiten, sondern um die Botschaft, dass jede der Regierungskoalitionen mit einem Potential an Widerstand rechnen muss, dass wir als mündige „Bürger“ nicht nur eine Wahlstimme abgeben, sondern unsere eigenen Interessen und Forderungen mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln des Protestes und konstruktiven Widerstandes umsetzen werden.

⁵ Weil sich ein Teil des Berliner Protest-Zusammenschlusses des SPD-Wahlparteitages annehmen wird, wäre es gut, wenn in anderen Regionen andere Schwerpunkte gesucht werden.

⁶ Es wäre überlegenswert, die Veranstaltung auf den Sonntag zu verlegen, um damit Menschen aus anderen Städten des regionalen Umfeldes die Teilnahme zu ermöglichen.